

Wirtschaftliche Spaltungen und soziale Ungleichheiten in Europa

Eine Herausforderung für die EU

Eine zentrale Grundlage für den sozialen Zusammenhalt der EU ist die wirtschaftliche Konvergenz ihrer Mitgliedstaaten. Die Konzentration wissenschaftlicher, technologischer und unternehmerischer Kompetenzen hat in den letzten Jahren jedoch dazu geführt, dass die wirtschaftlichen und Einkommensunterschiede insbesondere in den alten EU-Mitgliedstaaten nicht weiter konvergieren. Angesichts der Abschwächung europaweiter Konvergenzprozesse und erheblicher räumlicher und sozialer Unterschiede steht die EU vor der Herausforderung, den sozialen Zusammenhalt in Europa durch eigenständige transnationale Politiken sicherzustellen.¹

MARTIN HEIDENREICH

Eine zentrale Grundlage für den sozialen Zusammenhalt der Europäischen Union (EU) und ihrer Vorgängerorganisationen (EWG, EG) ist die wirtschaftliche Konvergenz ihrer Mitgliedstaaten. Ihre Bedeutung für die politische Integration Europas kann nicht überschätzt werden, da sie die EU jahrzehntelang von Legitimationszwängen entlastete. Sie ermöglichte einen „permissiven Konsens“, d.h. eine stillschweigende Akzeptanz durch die europäische Bevölkerung, da die Ergebnisse ja stimmten (vgl. zu dieser Output-Legitimation Scharpf 1999). Die wirtschaftliche Konvergenz Europas war somit eine wichtige, aber in der Regel als selbstverständlich unterstellte Voraussetzung für den politischen Integrationsprozess und den sozialen Zusammenhalt in Europa. Dies gilt umso mehr, als das transnationale Gebilde EU seinen Zusammenhalt nicht im selben Ausmaß wie Nationalstaaten durch wirtschaftliche Freiheiten, politische Mitwirkungsrechte und wohlfahrtsstaatliche Absicherungen sicherstellen kann (Rokkan 2000). In diesem Beitrag wird argumentiert, dass die Abnahme wirtschaftlicher Konvergenzprozesse in den letzten Jahren sowie ein weiterhin beträchtliches Maß an territorialen und sozialstrukturellen Ungleichheiten den sozialen Zusammenhalt in der EU gefährden könnten.

Im Folgenden werden zunächst die wirtschaftlichen Unterschiede innerhalb der EU im Spannungsfeld von Angleichung und Agglomeration rekonstruiert (Abschnitt 1). Im Anschluss hieran werden die Entwicklung der inner- und zwischenstaatlichen Einkommensun-

gleichheiten (2) sowie die räumlichen und sozialstrukturellen Muster sozialer Ungleichheiten auf Grundlage eines mehrdimensionalen und transnational ausgerichteten Benachteiligungsindex beschrieben (3). Abschließend werden die damit verbundenen Herausforderungen für den sozialen Zusammenhalt in Europa angedeutet (4). Bei diesen Analysen stützen wir uns zunächst auf die von Eurostat veröffentlichten regionalen und nationalen Daten zur Wirtschaftsleistung und zu den Forschungs- und Entwicklungsausgaben in der EU und anschließend auf die Erhebung „Leben in Europa“, mit der Mikrodaten zu den Lebens-, Einkommens- und Arbeitsbedingungen von Europäer*innen erhoben werden.

1 Konvergenz durch wirtschaftliche Integration?

Die Europäische Union ist durch erhebliche (Rodríguez-Pose et al. 2023), aber abnehmende regionale Unterschiede der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gekenn-

¹ Dieser Beitrag stützt sich auf das vierte, siebte und achte Kapitel von Heidenreich (2022).

zeichnet.² Das Verhältnis zwischen den schwächsten und stärksten Regionen, in denen jeweils ein Zehntel der Bevölkerung lebt, hat sich von 3,07 (2000) auf 2,43 (2020) reduziert, d.h. kaufkraftbereinigt wurden in den wirtschaftlich leistungsfähigsten Regionen der EU ein 3- bzw. 2,4-mal so hohes Bruttoinlandsprodukt pro Kopf wie in den ärmeren, zumeist ost- und südeuropäischen Regionen erwirtschaftet. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten haben sich zahlreichen Studien zufolge in den ersten Jahrzehnten der europäischen Integration (seit den 1960er Jahren) jährlich etwa um 2 % verringert (Barro/Sala-i-Martin 1991; Heidenreich/Wunder 2008). Eine solche Konvergenz kann im Rahmen der neoklassischen Wachstumstheorie umstandslos durch abnehmende Grenzerträge für Produktionsfaktoren³ in den höher entwickelten Regionen erklärt werden. Durch die Diffusion von Arbeit, Kapital und Technologie bzw. Innovationen führt die Integration von Märkten zu einer wirtschaftlichen Konvergenz, da sich weniger entwickelte Regionen rascher als andere entwickeln. Seit 2000 haben sich die Unterschiede der regionalen und nationalen Wirtschaftsleistungen in der EU-28 kaufkraftbereinigt sogar jährlich um 2,9 % verringert – ein Hinweis auf die rasche Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Regionen (Tabelle 1; Spalte 1). Die Unterschiede der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in den 15 alten EU-Mitgliedstaaten hingegen verringern sich kaum noch (Spalte 2). Der jahrzehntelange wirtschaftliche Konvergenzprozess in Westeuropa ist weitgehend zum Stillstand gekommen.

Dies verweist auf eine veränderte „Geschäftsgrundlage“ der europäischen Integration: In den ersten Jahrzehnten der europäischen Integration konnte die Bevölkerung davon ausgehen, dass sich ihre soziale Position aufgrund des höheren Wachstums zumindest nicht verschlechterte und insbesondere in den weniger entwickelten Regionen rasch verbessern würde. Die EU war ein Versprechen auf Wohlfahrt und rasche Entwicklung – vor allem aufgrund der Teilhabe an der Zollunion (1968) und dem Binnenmarkt (1993). Dies erklärt die außerordentliche Attraktivität der EU und ihrer Vorläuferorganisationen für benachbarte, weniger entwickelte Länder, die ihr nach dem Zusammenbruch des Ostblocks ohne Ausnahme beitreten wollten. Mit der Finanzmarkt- und Eurokrise ab 2008 veränderte sich das Bild: Das darauffolgende Jahrzehnt war vor allem für die südeuropäischen Länder und Regionen ein verlorenes Jahrzehnt. Der Aufholprozess zwischen den bisherigen Mitgliedstaaten der EU verliert an Dynamik. Einige, insbesondere südeuropäische Länder (Portugal, Spanien, Italien, Griechenland) und Regionen haben nicht nur eine EU-weit unterdurchschnittliche Wirtschaftsleistung zu verzeichnen, sondern sich relativ zum EU-Durchschnitt sogar verschlechtert. Dies könnte zu einer dauerhaften Spaltung zwischen Zentrum und Peripherie führen, auch wenn die wirtschaftlichen Unterschiede im Vergleich zu den vorangegangenen Jahrzehnten deutlich geringer geworden sind.

TABELLE 1

Wirtschaftliche Konvergenz der europäischen Regionen, 2000–2020

	(1) EU-28	(2) EU-15
Nuts2-Regionen	275	216
R ²	0,779	0,015
Jährliche Konvergenzrate	0,029	0,003
Halbwertszeit (Jahre)	24	270

Anmerkung: Regionale Konvergenz der Wachstumsraten, gemessen an der kaufkraftbereinigten regionalen Bruttowertschöpfung pro Einwohner*in in den NUTS2-Regionen der EU (2000–2020). Zur Berechnung siehe Barro/Sala-i-Martin (1992, S. 230) und Heidenreich/Wunder (2008). R²: Erklärte Varianz.

Halbwertszeit: Zeit bis zur Halbierung des anfänglichen Unterschieds. Die EU-28 sind die 28 EU-Mitgliedstaaten, die der EU nach dem Beitritt Kroatiens (2013) bis zum Austritt Großbritanniens 2020 angehörten. EU-15 bezeichnet die 15 EU-Mitgliedstaaten, die der EU bis zu den Erweiterungen ab 2004 angehörten (Heidenreich 2022, S. Xlf.).

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der europäischen Regionaldaten (siehe Fußnote 2)

WSI Mitteilungen

Diese Unterschiede werden durch eine Konzentration technologischen Wissens und technischer Kompetenzen in der EU verschärft. Dies kann durch Selbstverstärkungseffekte – in der Sprache der neuen Wirtschaftsgeographie: durch dynamische Prozesse der kumulativen Verursachung (Krugman 1991) – erklärt werden. Leistungsfähige Unternehmen können dazu beitragen, einen Standort zu stärken und damit dessen Attraktivität auch für andere Unternehmen zu erhöhen, was ihnen selbst wieder zugutekommt. Die Ansiedlung eines Unternehmens geht mit Standortvorteilen auch für andere Unternehmen einher und kann damit zu einer regionalen Konzentration wissenschaftlicher, technologischer und wirtschaftlicher Stärke führen. Solche regionalen Agglomerationseffekte, die mit einer räumlichen Konzentration von technologischem Wissen einhergehen, scheinen zunehmend die bisherigen Angleichungsprozesse zu überlagern und zu konterkarieren (Heidenreich 2022, S. 55; Iammarino et al. 2019).

In Europa profitieren vor allem zwei unterschiedliche Typen von Regionen von solchen Agglomerationseffekten. Während sich urbane Dienstleistungsregionen als zentrale Knotenpunkte weltweiter Informations-, Kommunikations-, Handels- und Finanzflüsse positionieren, sind industrielle Kernregionen für die Bereitstellung hochwertiger

2 Die folgenden regionalen Analysen beziehen sich auf substaatliche Regionen, die sogenannten NUTS2-Regionen, die in Deutschland Regierungsbezirken entsprechen. Die verwendeten Daten können auf der Eurostat-Homepage abgerufen werden, die regionale Wertschöpfung pro Einwohner*in etwa in der Tabelle NAMA_10_PC.

3 Das heißt, dass mit zunehmendem Einsatz eines Produktionsfaktors der zusätzliche Ertrag der letzten eingesetzten Einheit abnimmt.

ger, wissensbasierter Industrieprodukte von wesentlicher Bedeutung. Diese beiden Typen von Regionen konzentrieren sich in Europa in einem zentralen Verdichtungsraum, der von Südengland über die Benelux-Länder und Deutschland bis nach Norditalien reicht. Hier finden sich die größten und forschungsstärksten europäischen Unternehmen (Heidenreich/Baur 2015). Dieser Raum ist durch die Agglomeration und die pfadabhängige Weiterentwicklung technologischer und industrieller Kompetenzen und Vernetzungen gekennzeichnet. In den südeuropäischen Regionen hingegen werden die Wachstumschancen durch die Spezialisierung auf die Landwirtschaft, oftmals einfache Industrien und personenbezogene Dienstleistungen (Tourismus) begrenzt (Hope/Soskice 2016). Die mittel- und osteuropäischen Regionen hingegen konnten sich teilweise als Produktions- und Zulieferstandorte westeuropäischer Unternehmen (etwa in der Automobilindustrie) etablieren und sich damit leichter in internationale Wertschöpfungsketten integrieren, was sich in (zunächst) höheren Wachstumsraten dokumentiert (Bohle 2018). Eine Folge davon ist die Stabilisierung der nach wie vor erheblichen wirtschaftlichen Unterschiede in Westeuropa – etwa zwischen zentralen und peripheren Regionen, zwischen avancierten Industrie- und Dienstleistungsregionen sowie nationalen Hauptstädten einerseits und altindustriellen, landwirtschaftlichen und touristischen Regionen andererseits.

Dass technologisches Wissen und konkreter die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) in der EU extrem ungleich verteilt sind, zeigt ein Blick auf die Eurostat-Daten. Während etwa in der Region Braunschweig 7,8 % (2020) des Bruttoinlandsprodukts für Forschungs- und Entwicklungsausgaben investiert werden, sind es im rumänischen Süd-Vest Oltenia nur 0,1 % (Eurostat, Tabelle [rd_e_gerdreg]). Technologisches Wissen konzentriert sich in wenigen westeuropäischen Regionen. 2000 war die Forschungsintensität in dem Zehntel der europäischen Regionen mit der höchsten Forschungsleistung fast siebenmal so hoch wie die FuE-Ausgaben in den Regionen mit den geringsten Aufwendungen. 2020 betrugen die Unterschiede zwischen dem obersten und untersten Dezil immer noch 4,7:1 (eigene Berechnungen entsprechend der bei Heidenreich/Baur 2015, S. 178 dokumentierten Vorgehensweise). Das forschungsstärkste Zehntel der europäischen Regionen investierte 2020 mehr als 4,2 % ihrer Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung, während das forschungsschwächste Zehntel nur maximal 0,9 % investierte. Die 15 forschungsintensivsten Regionen in der EU-28 liegen in Deutschland (7), Großbritannien (2), Schweden (1), Österreich (1), Belgien (2), Dänemark (1) und Frankreich (1). In diesen Regionen wird ein Fünftel der gesamten europäischen Forschungs- und Entwicklungsausgaben investiert. Die Unterschiede zwischen den Patentanmeldungen des leistungsstärksten und des schwächsten Dezils lagen sogar bei 38:1 (2012; Eurostat, Tabelle [pat_ep_rtot]).

Diese Unterschiede reflektieren die Konzentration forschungsintensiver, zumeist multinationaler Unternehmen. In nur drei Ländern, nämlich in Großbritannien, Deutschland und Frankreich, konzentrieren sich die Stammsitze von 605 der 1000 forschungsintensivsten europäischen Unternehmen (Vezzani et al. 2019). Solche Unternehmen sind vor allem in nationalen Hauptstädten und in den oben erwähnten europäischen Kernregionen ansässig (Heidenreich/Baur 2015). Zwar können diese regionalen FuE-Aufwendungen von multinationalen Unternehmen auch anderen Standorten des Konzerns weltweit zugutekommen, aber vieles spricht für eine Konzentration der Entwicklungsausgaben in der Nähe des Unternehmenssitzes oder zumindest im Heimatland des Unternehmens. Diese Konzentration wissenschaftlicher und technologischer Kompetenzen wirkt der bisherigen Angleichung entgegen und erklärt die erheblichen und teilweise zunehmenden wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen zentralen und peripheren europäischen Regionen (Heidenreich 2022, S. 57).

Damit stabilisiert sich ein europäisches Zentrum-Peripherie-Muster, das den Umgang mit den zahlreichen Integrationskrisen der beiden letzten Jahrzehnte beeinflusst hat – etwa die Konflikte zwischen Schuldner- und Gläubigerländern im Rahmen der Eurokrise oder die Spannungen im Rahmen der Pandemie oder des zunehmenden Euroskeptizismus (Lahusen 2019; Rodríguez-Pose et al. 2023).

2 Inner- und zwischenstaatliche Einkommensungleichheiten in der EU

Bislang wurde gezeigt, dass die wirtschaftlichen Unterschiede in der EU seit den Nullerjahren deutlich zurückgegangen sind – ein Hinweis auf die erfolgreiche Integration der mittel- und osteuropäischen Länder. Die Unterschiede zwischen den alten EU-Mitgliedstaaten hingegen bleiben weitgehend stabil – ein Hinweis auf die Grenzen neoklassischer Konvergenzprozesse und die Sackgassen, in die die südeuropäischen Länder durch ihre Spezialisierung auf landwirtschaftliche und designintensive Produkte und personalintensive Dienstleistungen geraten sind. Diese wirtschaftlichen Entwicklungen definieren auch die Rahmenbedingungen für die nationalen Muster sozialer Ungleichheiten. Bevor diese Muster analysiert werden, wird zunächst ein wichtiges Zwischenglied zwischen wirtschaftlichen Entwicklungen und sozialer Ungleichheit betrachtet: die inner- und zwischenstaatliche Struktur der Einkommensungleichheiten in der EU (Abbildung 1).

Mithilfe der mittleren logarithmischen Abweichung können die individuellen Einkommensungleichheiten in

zwischen- und innerstaatliche Ungleichheiten, d. h. in Ungleichheiten etwa zwischen der deutschen und rumänischen Bevölkerung, und in Ungleichheiten zwischen den Einwohner*innen eines Staates „aufgeteilt“ werden. Während die innerstaatlichen Ungleichheiten seit 2006 weitgehend stabil bleiben, zeigt sich bei den zwischenstaatlichen Ungleichheiten, dass die EU-28 noch in erheblichem Maße in arme und reiche Länder gespalten ist (Abbildung 1). Fast zwei Fünftel der gesamten Einkommensungleichheiten waren 2006 auf zwischenstaatliche Unterschiede zurückzuführen. Seitdem ist in den 28 betrachteten Ländern eine deutliche Angleichung der Einkommensverhältnisse zu beobachten; der zwischenstaatliche Anteil der Ungleichheiten ist von 38,8 % auf 22,6 % (2019) gesunken. Die Unterschiede zwischen den verfügbaren Einkommen in armen und reichen Ländern sind deutlich geringer geworden. Die EU hat sich nach den letzten Erweiterungen in den Jahren 2004, 2007 und 2013, bei denen 13 zumeist mitteleuropäische Staaten der EU beigetreten sind, erneut als zentraler Motor für die Konvergenz der Einkommensverhältnisse in Europa erwiesen. Gleichzeitig allerdings nehmen die Nord-Süd-Unterschiede wieder zu. Die zwischenstaatlichen Ungleichheiten lagen im Jahr 1996 noch bei 10,7 % der gesamten Ungleichheiten der EU-15-Staaten, wie dem Europäischen Haushaltspanel ECHP entnommen werden kann (Heidenreich/Härpfer 2010). Die damals schon beachtliche Angleichung der Lebensbedingungen setzte sich bis zum Jahr 2009 durch den Binnenmarkt, die rechtliche Vereinheitlichung der EU, die Einführung der gemeinsamen Währung und die damit zunächst verbundenen gewaltigen Kapitalflüsse nach Südeuropa fort. Zum Ende der Nullerjahre betrug der zwischenstaatliche An-

teil der Einkommensungleichheiten in der EU-15 nur noch etwa 4 %. Im Zuge der Finanzmarkt- und Eurokrise und vor dem Hintergrund der veränderten weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung nach dem Beitritt Chinas zur Welt handelsorganisation jedoch kehrte sich diese Entwicklung um; der Anteil der zwischenstaatlichen Ungleichheiten ist abrupt auf 9,6 % (2010) gestiegen und hält sich seitdem in etwa auf diesem Niveau (2019: 10,4 %). Die zunehmenden zwischenstaatlichen Einkommensungleichheiten sind vor allem auf die real sinkenden Einkommen in Griechenland, Italien, dem Vereinigten Königreich und Zypern zurückzuführen (Heidenreich 2022, S. 227).

Die erheblichen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den europäischen Ländern und das Ende der Konvergenz in den alten EU-Mitgliedstaaten gehen somit mit einer Stagnation der innerstaatlichen Einkommensungleichheiten in der gesamten EU, einer Abnahme der zwischenstaatlichen Einkommensungleichheiten in der erweiterten EU-28 und einer erneuten Zunahme der zwischenstaatlichen Einkommensunterschiede in den 15 alten EU-Mitgliedstaaten einher. Diese Einkommensentwicklungen sind wichtige Rahmenbedingungen für die europaweiten Muster sozialer Ungleichheiten, die nun betrachtet werden sollen.

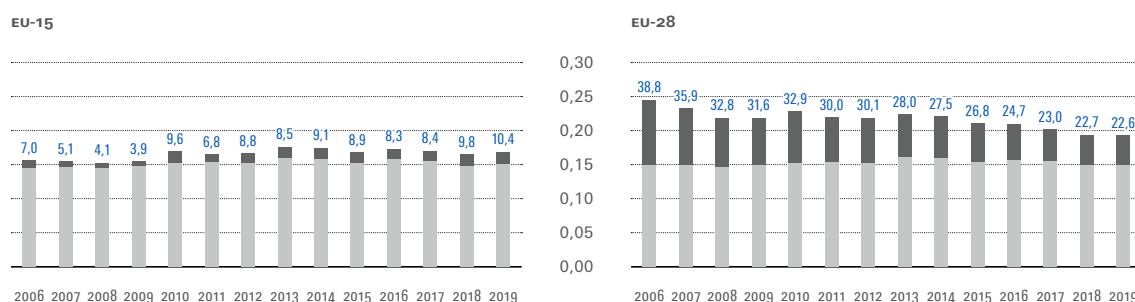
ABBILDUNG 1

Entwicklung der inner- und zwischenstaatlichen Einkommensungleichheiten in der EU, 2006–2019

Säulenhöhe: mittlere logarithmische Abweichung,

zwischenstaatlicher Anteil (in Prozent) an den Einkommensungleichheiten insgesamt (100 %)

■ zwischenstaatlich ■ innerstaatlich



Anmerkung: Bis 2009 ohne Kroatien, ab 2018 ohne das Vereinigte Königreich.
Die Einkommen der angegebenen Jahre wurden in den Erhebungen des jeweils folgenden Jahres ermittelt.
EU-15 und EU-28: Siehe Anmerkungen zu Tabelle 1.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der EU-SILC UDB 2007–2020 für die EU-28-Länder

WSI Mitteilungen

3 Soziale Ungleichheiten in der EU: Räumliche und sozialstrukturelle Spaltungslinien

Die soziale Lage der europäischen Bevölkerung hängt nicht nur von den soeben beschriebenen wirtschaftlichen und Einkommensunterschieden ab, sondern auch von anderen Faktoren – etwa einer adäquaten Versorgung mit wichtigen Gütern und Dienstleistungen, vom Zugang zu attraktiven und gut bezahlten Arbeitsplätzen, zu weiterführenden Ausbildungen oder auch von der Verfügbarkeit bezahlbarer Wohnungen in einem guten Zustand und in einer guten Lage. Damit stellt sich die Frage, wie die soziale Lage in der EU gemessen und verglichen werden kann. Üblicherweise erfolgt dies durch die Analyse von Einkommensverteilungen, etwa mithilfe der Armutsquote, die den Anteil derjenigen an der Bevölkerung misst, die weniger als 60 % des mittleren verfügbaren Haushaltseinkommens erhalten, oder mit dem Gini-Koeffizienten, der die Abweichung von einer Gleichverteilung der Einkommen misst. Allerdings stellen solche Indikatoren die finanzielle Situation der Haushalte in den Mittelpunkt, während die aktuelle Ungleichheitsforschung die Mehrdimensionalität sozialer Ungleichheiten betont. Nur so kann die Heterogenität von Benachteiligungen erfasst werden. Es geht nicht nur um fehlende finanzielle Ressourcen, sondern auch um Bildungs-, Wohn- und Erwerbschancen und um eine Versorgung mit wichtigen Gütern und Dienstleistungen. Dies ist der gemeinsame Ausgangspunkt des Lebenslagenansatzes und des Konzeptes der Verwirklichungschancen (Leßmann 2006).

Ebenso wichtig wie ein multidimensionales Konzept sozialer Ungleichheiten ist auch die Berücksichtigung ihres transnationalen und insbesondere europäischen Kontextes. Haushalte beurteilen ihre finanzielle Situation nicht nur im nationalen Kontext, sondern berücksichtigen auch die absolute Einkommenshöhe (und vergleichen ihr Einkommen m. E. sogar mit dem Einkommen in anderen Ländern; Heidenreich 2022, S. 251ff.). Dies bedeutet, dass die wahrgenommene finanzielle Situation nicht nur von individuellen, haushaltsbezogenen, regionalen oder nationalen Faktoren bestimmt wird, sondern auch von der absoluten Höhe des verfügbaren Einkommens. Letzteres kann auf Grundlage der Frage nach der subjektiven Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation des jeweiligen Haushalts illustriert werden.

In *Abbildung 2* wird der durchschnittliche wirtschaftliche Stress für ärmere, durchschnittlich verdienende und reichere Haushalte in den (damals) 28 Ländern der EU auf Grundlage der Erhebung „Leben in Europa“ (EU-SILC) für das Jahr 2020 dargestellt. Diese Daten beziehen sich (mit Ausnahme Großbritanniens und Maltas) auf die ersten Monate der Pandemie (März bis Juli 2020) und wurden deshalb vor allem telefonisch erhoben. Es zeigt sich,

dass wohlhabendere Haushalte eher mit ihrem Einkommen auskommen als ärmere und dass der finanzielle Stress in ärmeren Ländern wie Bulgarien und Griechenland deutlich höher ist als in wohlhabenderen Ländern. Dies klingt auf den ersten Blick nicht sehr überraschend, aber es bedeutet, dass die finanzielle Situation der Haushalte nicht nur von der relativen Position im nationalen Raum abhängt, sondern auch von der absoluten Einkommenshöhe (und m. E. auch von der relativen Höhe des Einkommens im europäischen Kontext; Heidenreich 2022, Abschnitt 7.5). Die subjektive wirtschaftliche Belastung der Bevölkerung in den süd- und osteuropäischen Ländern ist deutlich höher als in anderen Teilen der EU. Selbst Haushalte mit hohem Einkommen haben in Süd- und Osteuropa erhebliche Probleme, über die Runden zu kommen. In den angelsächsischen und westeuropäischen Ländern ist das Gesamtstressniveau deutlich niedriger. Das niedrigste Stressniveau ist in Skandinavien zu verzeichnen. Dies verweist auf eine deutliche Spaltung zwischen den europäischen Peripherien und dem europäischen Zentrum. Bemerkenswert sind auch die Unterschiede zwischen Ost- und Südeuropa. In Südeuropa ist der wirtschaftliche Stress ebenso hoch wie in Osteuropa, auch wenn die Einkommen in den mittel- und osteuropäischen Ländern im Durchschnitt immer noch deutlich niedriger sind als in Südeuropa.

Diese Diskussion zeigt, dass die soziale Situation der europäischen Bevölkerung nicht mehr nur mit Indikatoren gemessen werden kann, die die nationale Situation in den Mittelpunkt stellen. Sie hängt auch davon ab, wie hoch ihr Einkommen im transnationalen Kontext ist und welche Güter und Dienstleistungen sie sich damit leisten können.

Neben der Multidimensionalität und der transnationalen Bewertung von Ungleichheiten ist es drittens sinnvoll, die Armutsquote zu berücksichtigen, weil sie einen zentralen Vorteil hat: Sie ist ein einfacher, leicht zu kommunizierender Wert und kein komplexes Bündel von Ausgrenzungs- und Benachteiligungsindikatoren. Im Folgenden wird ein Index vorgestellt, mit dem diese drei Ziele erreicht und die Armuts-, Deprivations- und Benachteiligungsrisiken der europäischen Bevölkerung erfasst werden sollen (Heidenreich 2022, Abschnitt 8.3).

3.1 Ein Vorschlag für die mehrdimensionale Messung von Benachteiligungen in der EU

Hierbei ist als erstes zu klären, welche Facetten von Benachteiligung berücksichtigt werden sollen. Ausgangspunkt des hier vorgestellten Index sind die drei von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Indikatoren für Armut und Ausgrenzung: die nationale Armutsquote („at risk of poverty“), die Erwerbsintensität der Haushalte und die verschiedenen Deprivationserfahrungen. Die nationale Armutsquote verweist auf die relative Knappheit finanzieller Mittel im Vergleich zu den Landsleuten. Der

Anteil von Haushalten mit einer geringen Erwerbsintensität ist ein Indikator für den Ausschluss aus dem Erwerbsleben. Das Deprivationsrisiko verweist auf die Verfügbarkeit von Gütern, Dienstleistungen und Chancen und kann als Indikator für den Lebensstandard angesehen werden. Im Anschluss an Weziak-Bialowolska (2016) werden zudem drei weitere Indikatoren berücksichtigt, um die Unterversorgung der Bevölkerung in den Bereichen Bildung, Wohnsituation und Gesundheit zu erfassen. Neben der Multidimensionalität des Index ist auch seine transnationale Ausrichtung zu berücksichtigen. Hierzu wird zunächst das haushaltsbezogene Armutsrisiko, gemessen am EU-Median, einbezogen. Auch der Deprivationsindex verweist auf die transnationale Dimension von Benachteiligungen, da die Preise der abgefragten Güter und Dienstleistungen (Heizung, Mahlzeiten, Urlaube, Autos, Waschmaschinen oder Fernseher) europaweit ähnlich und weitgehend unabhängig vom nationalen Einkommensniveau sind. Die subjektive Einschätzung der eigenen finanziellen Situation korreliert ebenfalls stärker mit der europäischen Situation als mit der nationalen Armutsquote.

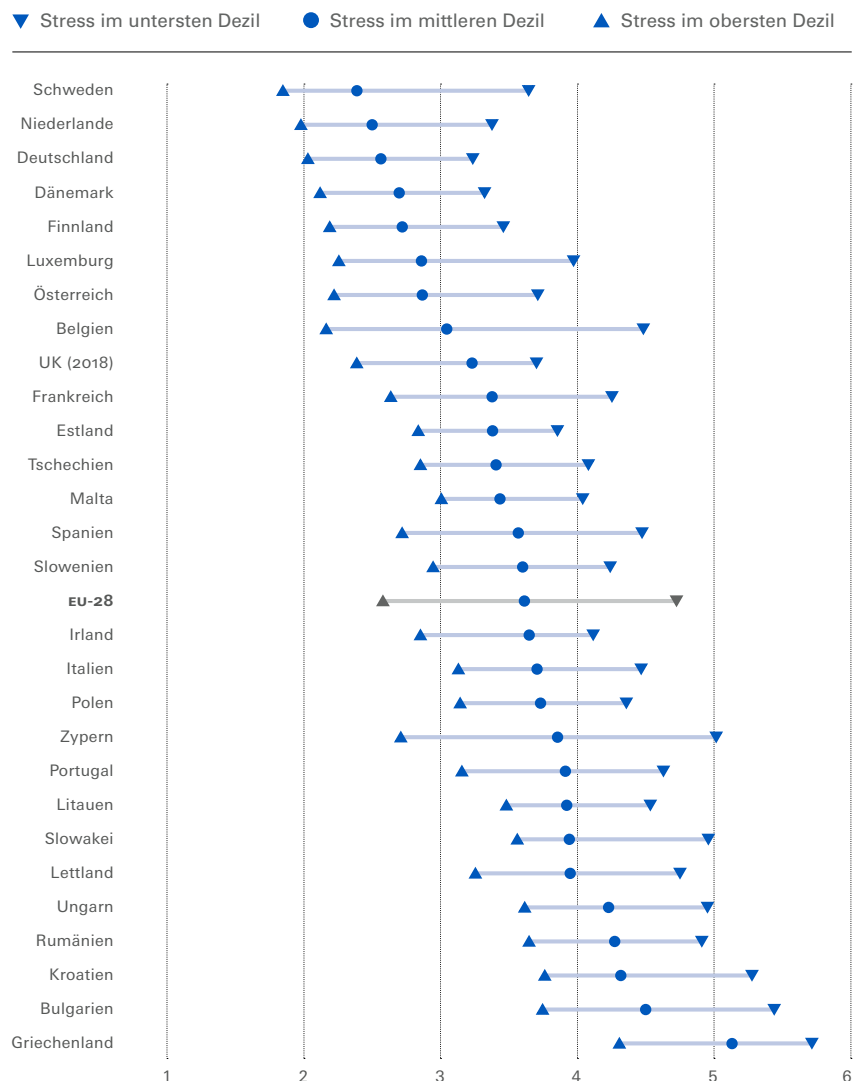
In den Index für die Armuts- und Deprivationsrisiken der Bevölkerung geht somit zunächst ein, ob ein*e Interviewpartner*in gemessen an der nationalen bzw. EU-weiten Armutsschwelle (60 % des Medianeinkommens) arm ist (Spalten 2 und 3), dann ein Indikator für materielle Deprivationen (Spalte 4) und weiterhin ein Indikator für die Arbeitsintensität der Haushalte (Spalte 5). Aufgrund der zentralen Bedeutung von Bildung, die auch im Kontext der Lebenslagen- und Verwirklichungschancenansätze betont wird, wurde zudem ein Indikator für Bildungsarmut einbezogen (Spalte 6). Da sowohl die Wohnsituation als auch der Gesundheitszustand einen wichtigen Stellenwert für die Lebensqualität der Menschen haben, wurden auch Indikatoren für die Qualität der Unterkunft und des Wohnumfelds (Spalte 7) sowie für das subjektive gesundheitliche Wohlbefinden berücksichtigt (Spalte 8). In Spalte 9 werden die Schwierigkeiten, mit dem verfügbaren Einkommen auszukommen, einbezogen. Die genannten Indikatoren werden in *Tabelle 2* zusammengestellt und erläutert; sie werden alle dichotom gemessen. Diese Tabelle ist sortiert nach dem durchschnittlichen nationalen Haushaltseinkommen (Spalte 1), das nicht in den Index einbezogen wird.

Die in der Tabelle abgebildeten Werte zeigen ein uneinheitliches Bild. Auch wenn die Länder mit höheren Benachteiligungsquoten in der Regel weniger wohlhabend sind – Bulgarien und Rumänien liegen bei vielen Indikatoren im Spitzenfeld –, gibt es bemerkenswerte Ausnahmen: Die Slowakei und Tschechien etwa weisen sehr geringe nationale Armuts- und Bildungsarmutsquoten auf; die gesundheitliche Situation ist in dem reichsten EU-Land, in Luxemburg, überraschend schlecht.

Dies verweist auf die Notwendigkeit, die vielfältigen Indikatoren in einen multidimensionalen Index zu integrieren. Hierzu wurden in Anlehnung an Alkire/Foster

ABBILDUNG 2

Wirtschaftlicher Stress in 28 EU-Ländern im obersten, mittleren und untersten Einkommensdezil, 2020^A



A Die Fragestellung lautete: „Wie kommt Ihr Haushalt mit dem monatlichen Einkommen zurecht?“ (N = 546 829)
Antwortalternativen: 6: „Sehr schlecht“ bis 1: „Sehr gut“
Anmerkung: Finanzieller Stress im untersten (D1), mittleren (D5) und obersten (D9) Einkommensdezil

Quelle: EU-SILC 2020

WSI Mitteilungen

(2011) zwei multidimensionale Benachteiligungsindizes H und M_0 berechnet. Als Untergrenze für die Diagnose von Mehrfachbenachteiligungen wurden zwei von acht Benachteiligungen gewählt. H gibt den Anteil der Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren wieder, der in mindestens zwei der in der Tabelle ausgewiesenen acht Dimensionen benachteiligt ist. Dies ist bei einem Drittel der europäischen Bevölkerung der Fall. Der multidimensionale Entbehrungsindex M_0 entspricht dem Anteil der benachteiligten Bevölkerung multipliziert mit der durchschnittlichen Anzahl der Entbehrungen (im Verhältnis zur maximal möglichen Zahl der Entbehrungen), von denen die

TABELLE 2

Benachteiligten in der europäischen Bevölkerung (EU-28), 2020

Angaben in Prozent der Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren

	Einkommen (in KKS) (1)	Armut (nat. Schwelle) (2)	Armut (EU-Schwelle) (3)	Deprivation (4)	Geringe Erwerbsintensität (5)	Bildungsarmut (6)	Schlechte Gesundheit (7)	Schlechte Wohnsituation (8)	Subjektive Armut (9)	Benachteiligte (H)	Entbehrungs- index M_0
Luxemburg	28 747	17,2	3,8	5,4	5,8	24,7	6,9	40,5	13,1	30,2	10,2
Deutschland	24 261	15,1	7,4	14,1	8,7	15,8	3,9	19,5	3,3	21,8	7,5
Österreich	23 336	12,6	5,8	6,4	8,0	13,8	5,4	32,3	9,6	22,6	7,9
Belgien	22 328	12,2	5,1	10,5	7,4	17,8	6,3	40,7	17,0	27,7	10,5
Niederlande	22 127	13,5	6,1	5,9	9,1	16,3	2,5	47,0	7,9	23,8	8,3
Dänemark	21 837	12,8	7,3	7,2	11,2	16,0	4,9	43,5	9,2	26,1	9,4
Finnland	20 290	11,8	6,7	8,5	10,8	11,4	2,5	30,3	7,5	21,0	7,4
Schweden	20 123	15,0	10,3	5,0	8,7	18,1	2,8	37,6	7,2	23,8	8,4
Irland	19 715	12,2	8,3	13,4	4,7	13,0	3,2	34,4	15,7	26,7	9,7
Frankreich	19 542	13,7	10,3	11,7	9,0	18,3	6,4	49,3	19,2	33,9	13,0
Malta (2019)	18 592	13,4	10,5	8,4	4,6	47,1	2,2	52,7	12,1	39,5	13,9
UK (2018)	18 497	15,8	12,6	11,7	6,9	13,3	6,0	35,3	8,8	27,4	10,1
Zypern	18 305	12,0	9,8	19,2	4,2	15,5	3,0	50,9	25,7	34,1	13,2
Italien	17 790	19,9	18,9	13,6	5,5	34,1	0,0	39,3	24,8	40,1	15,7
Slowenien	16 980	10,7	11,6	7,8	6,2	11,9	3,1	40,8	16,4	25,4	9,5
Spanien	16 672	19,7	21,5	17,9	4,4	34,1	3,7	48,2	24,1	43,3	17,8
Estland	14 343	15,7	22,9	8,3	8,0	11,5	4,7	26,5	8,9	28,5	10,3
Tschechien	14 152	7,2	15,4	6,0	6,3	8,2	3,3	23,8	11,7	18,3	6,7
Polen	13 360	14,0	27,3	7,0	4,9	7,0	5,1	6,1	15,6	24,3	8,4
Portugal	12 333	14,9	33,9	12,7	5,5	43,2	6,3	47,9	20,1	48,6	19,3
Lettland	11 358	16,6	38,0	15,6	7,3	10,4	7,1	35,6	23,4	39,7	15,8
Kroatien	11 090	14,5	38,9	16,7	4,9	13,3	8,0	20,2	31,6	38,2	15,3
Litauen	11 082	19,4	47,3	20,1	7,7	7,6	5,1	32,3	21,2	44,8	16,4
Griechenland	10 193	18,0	49,6	33,3	4,9	21,6	3,0	42,9	69,7	66,0	27,5
Slowakei	10 078	10,3	46,2	11,7	4,1	8,6	7,7	18,4	27,4	34,6	12,8
Ungarn	9 703	12,2	50,8	18,3	8,2	15,4	5,9	31,2	26,7	43,0	17,5
Bulgarien	8 647	17,4	54,8	26,5	6,1	19,5	4,2	31,6	38,9	50,0	21,6
Rumänien	7 759	20,6	63,4	26,8	6,7	19,6	3,1	30,1	33,3	54,0	22,1
EU-28	17 891	15,7	19,0	13,4	6,9	19,7	4,2	34,2	17,2	33,0	12,6

Anmerkung: Das verfügbare Einkommen und die entsprechenden Werte beziehen sich auf das Vorjahr. Die Werte für das Vereinigte Königreich beziehen sich auf 2018 und die für Malta auf 2019

¹ In Spalte 1 ist der nationale Median des verfügbaren Einkommens angegeben. Das Einkommen ist in Kaufkraftstandards (KKS) ausgewiesen^{2,3} Die Armutsquoten (in % der jeweiligen Bevölkerung) wurden mit Bezug auf 60 % des nationalen bzw. europäischen Medianeinkommens berechnet (Spalten 2 und 3)⁴ Materielle Deprivation (Spalte 4) bedeutet, dass Personen nicht in der Lage sind, für mindestens drei der folgenden neun Ausgaben aufzukommen:

Miete und Nebenkosten, Heizung, Mahlzeiten, Urlaub, Auto, Waschmaschine, Fernseher, Telefon

⁵ In einem Haushalt mit geringer Arbeitsintensität (Spalte 5) gehen die Erwachsenen durchschnittlich nur maximal in einem Fünftel der möglichen Arbeitszeit einer Erwerbstätigkeit nach⁶ Als Bildungsarmut (Spalte 6) werden Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren bezeichnet, die höchstens die untere Sekundarstufe absolviert haben (ISCED 0–2)⁷ Personen, die ihren Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht bezeichnen, werden in Spalte 7 erfasst.⁸ Eine schlechte Wohnsituation wird konstatiert, wenn die Befragten eines der fünf folgenden Probleme berichten: Verschmutzung, Ruß oder andere Umweltbelastungen;

Kriminalität, Gewalt oder mutwillige Beschädigungen; undichtes Dach, Wände feucht; zu wenig Tageslicht oder dunkle Räume; Lärmbelästigung (Spalte 8)

⁹ Als subjektiv Arme werden Personen bezeichnet, die die finanzielle Situation ihres Haushalts als schlecht oder sehr schlecht beurteilen (Spalte 9)^H Berücksichtigt wurde nur die Altersgruppe von 18 bis 64 Jahren, da ansonsten der Anteil der nicht arbeitsintensiven (Rentner-)Haushalte zu groß gewesen wäre M_0 Bei der Berechnung der Entbehrungsindizes wurden 2 von 8 Entbehrungen ($k=2$) zugrunde gelegt.

WSI Mitteilungen

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von EU-SILC 2020; N = 306 369

benachteiligten Personen betroffen sind. Ein Zahlenbeispiel: Da etwa ein Drittel der europäischen Bevölkerung in mindestens zwei Dimensionen benachteiligt ist, und zwar durchschnittlich in drei von insgesamt acht möglichen Dimensionen (genauer: 38,3 %), berechnet sich M_0 überschlagsmäßig als Produkt von $\frac{1}{3}$ mal $\frac{3}{8}$. Dies entspricht etwa dem tatsächlichen Wert von 12,6 %. M_0 re-

flektiert somit den Umfang der benachteiligten Personen-
gruppe ebenso wie die Intensität der Benachteiligungen. Den höchsten Einfluss auf das Ausmaß der Mehrfachbenachteiligungen haben die wahrgenommene Wohnsituation, die Armutsrisiken im europäischen und nationalen Kontext und der subjektiv wahrgenommene wirtschaftliche Stress.

Bemerkenswert ist, dass in den Ländern mit der größten Gruppe von mehrfach Benachteiligten (Griechenland, Rumänien, Bulgarien, Portugal, Spanien, Ungarn etc.) auch die Intensität der Benachteiligung am höchsten ist, während in Tschechien, Finnland, Deutschland und Österreich beide Werte sehr gering sind. Die Unterschiede in Europa sind sehr hoch: In Griechenland ist die Gruppe der doppelt Benachteiligten 3,6-mal so groß wie in Tschechien, während die Intensität der Benachteiligung viermal so hoch ist. Bemerkenswert ist, dass weder das Land mit den intensivsten noch das Land mit den geringsten Benachteiligungen (Griechenland bzw. Tschechien) zu den reichsten bzw. ärmsten Ländern der EU gehören. Dies verweist darauf, dass die weiter oben rekonstruierten wirtschaftlichen und Einkommensentwicklungen zwar wichtige Rahmenbedingungen für soziale Ungleichheiten definieren. Wie dieser Rahmen jedoch ausgefüllt wird, hängt entscheidend von (vorwiegend national definierten) Lohn-, Steuer-, Sozialschutz-, Bildungs-, Wohnungs- und Arbeitsmarktpolitiken ab.

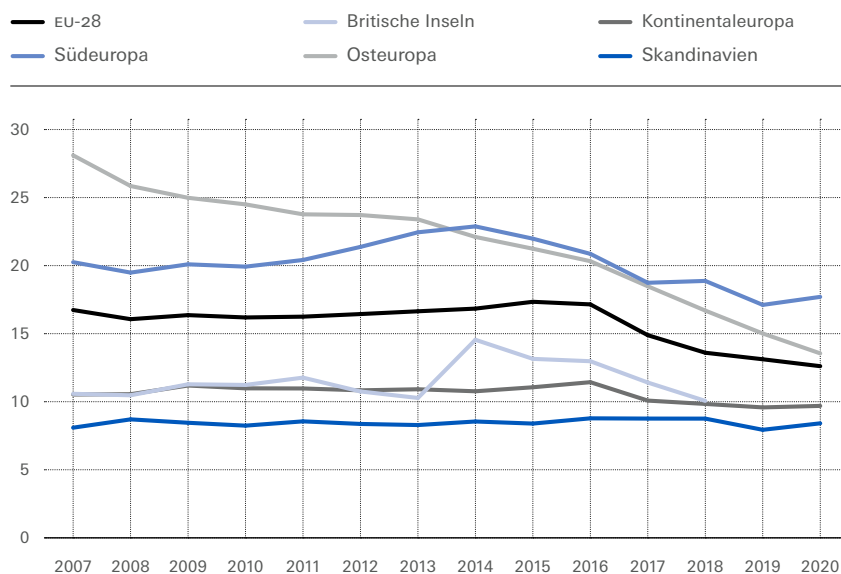
3.2 Räumliche Spaltungen in der EU

Mithilfe des multidimensionalen Entbehrungsindex können sowohl die räumlichen als auch die sozialstrukturellen Spaltungen in der EU analysiert werden. Die räumlichen Spaltungen zwischen den verschiedenen, mehr oder minder zentralen Ländern der EU sind in *Abbildung 3* für die fünf Ländergruppen dargestellt, die üblicherweise in der europäischen Wohlfahrtsstaats- und Arbeitsmarktforschung unterschieden werden (siehe die Zusammensetzung in Heidenreich 2022, S. XIf.). Während die Benachteiligungen in den skandinavischen und in den kontinentaleuropäischen Ländern (wenn auch auf einem etwas höheren Niveau) dauerhaft sehr gering sind, ist im Vereinigten Königreich und in Irland ab 2013 ein deutlicher Anstieg der Ungleichheiten zu beobachten – ein Anstieg, der als zeitverzögerte Folge der Finanzkrise und der entsprechenden Austeritätspolitik interpretiert werden kann. In Südeuropa verweist der deutliche Anstieg der sozialen Ungleichheiten von 2008 bis 2014 auf die sozialen Folgen der Schulden- und Eurokrise, während in Mittel- und Osteuropa eine nahezu kontinuierliche Abnahme der sozialen Ungleichheiten zu beobachten ist. Während zu Beginn der betrachteten Periode die sozialen Ungleichheiten in Osteuropa noch fast doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt waren, lagen sie 2020 fast im EU-Durchschnitt. Das durchschnittliche europäische Benachteiligungsniveau ist ab 2016 deutlich gesunken – ein Hinweis auf vier gute Jahre für die EU-Bevölkerung. Nichtsdestotrotz kann festgehalten werden, dass die wirtschaftliche Spaltung der EU in zentrale und periphere Regionen auch mit entsprechenden sozialen Spaltungen zwischen mehr oder minder benachteiligten Ländergruppen einhergeht (*Tabelle 2; Abbildung 3*). Insbesondere die Situation in Südeuropa ist besorgniserregend.

ABBILDUNG 3

Benachteiligungen in fünf europäischen Ländergruppen (EU-28), 2007–2020

Angaben in Prozent der Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren



Anmerkung: Siehe Tabelle 2

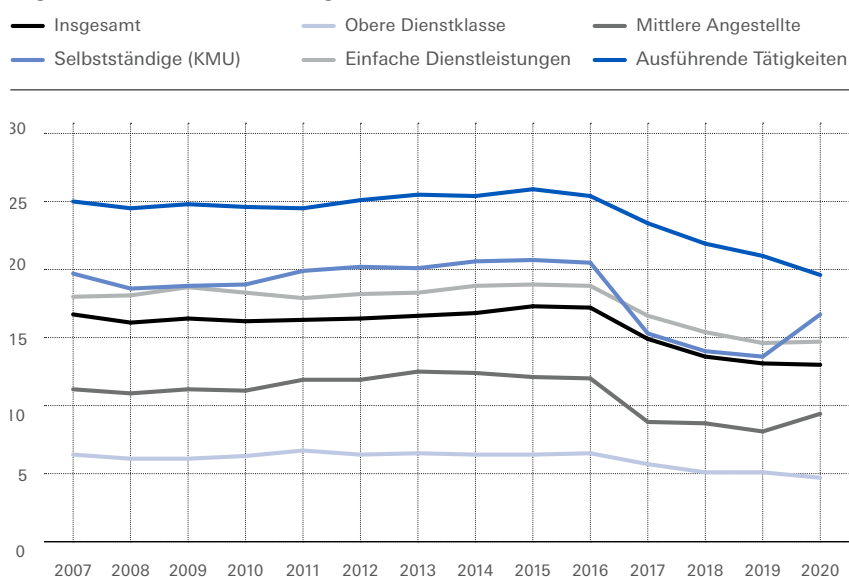
Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von EU-SILC 2020; N = 306 369

WSI Mitteilungen

ABBILDUNG 4

Benachteiligungen in fünf sozialen Klassen (EU-28), 2007–2020

Angaben in Prozent der Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren



Anmerkung: Siehe Tabelle 3

Quelle: Berechnungen auf Grundlage von EU-SILC 2020

WSI Mitteilungen

TABELLE 3

Benachteiligungen verschiedener sozialer Gruppen in der EU-28, 2020

Indexwerte in der Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren

	Benachteiligte (H)	Entbehungsindex M_0
Männer	32,0	12,2
Frauen	33,9	13,0
15–24 Jahre	39,1	15,1
25–54 Jahre	28,9	11,0
55–64 Jahre	41,7	16,1
Ohne Migrationshintergrund	30,9	11,7
Anderes europäisches Land	34,4	12,4
Drittland	51,5	21,2
geringe Bildung	74,2	31,8
mittlere Bildung	28,9	10,2
Hochschule	15,0	5,0
Erwerbstätige	23,4	8,1
Arbeitslose	63,5	28,6
Inaktiv	52,1	21,1
Einfache Tätigkeiten	57,6	24,7
Facharbeit	37,0	13,9
Komplexe technische Aufgaben	19,1	6,3
Problemlösen	12,2	3,9
Obere Dienstklasse	14,2	4,6
Mittlere Angestellte	26,5	9,3
Selbstständige (KMU)	40,7	15,7
Einfache Dienstleistungen	38,4	14,4
Ausführende Tätigkeiten	47,8	19,3
Single-Haushalt	44,9	18,2
Erwachsene ohne Kinder	30,1	11,0
Alleinerziehende	49,5	20,2
Erwachsene mit Kindern	30,6	11,7
Insgesamt	33,0	12,6

Anmerkung: Siehe Tabelle 2

Berechnet wurden die beiden in Tabelle 2 berechneten und im Text erläuterten Benachteiligungsindikatoren in Abhängigkeit vom Geschlecht, der Altersgruppe, dem Migrationshintergrund, dem Bildungsniveau (ISCED), dem Erwerbsstatus, der ISCO-Qualifikationsgruppe (ILO 2012), der sozialen Klasse (ESEC-5; vgl. Rose/Harrison 2010) und dem Haushaltstypus.

Quelle: Berechnungen auf Grundlage von EU-SILC 2020

WSI Mitteilungen

Der Tabelle ist zu entnehmen, dass Migrant*innen aus Drittstaaten, Personen mit einer niedrigen Ausbildung, Arbeitslose, Beschäftigte mit ausführenden Tätigkeiten und Alleinerziehende auf der Verliererseite stehen. Die Chancen, in einer benachteiligten Situation zu leben, sind bei Migrant*innen aus Drittstaaten doppelt so hoch wie bei Einheimischen, bei Personen mit niedriger Bildung doppelt so hoch wie bei Personen mit akademischem Abschluss, bei Arbeitslosen 4,5-mal so hoch wie bei Erwerbstätigen, bei Beschäftigten mit weniger anspruchsvollen Tätigkeiten achtmal so hoch wie bei Kreativen und Problemlöser*innen, bei Arbeiter*innen fünfmal so hoch wie bei der oberen Dienstklasse und bei Alleinerziehenden doppelt so hoch wie bei Haushalten mit mehreren Erwachsenen ohne Kinder. Die alters- und geschlechtsspezifischen Unterschiede hingegen sind deutlich geringer, da die entsprechenden Chancen und Risiken haushaltsbezogen ermittelt werden und viele Jugendliche und Frauen mit ihren Eltern und Partner*innen zusammenwohnen.

Ausgewählte Dimensionen dieser sozialstrukturellen Unterschiede können auch im Zeitverlauf analysiert werden – etwa zwischen verschiedenen sozialen Klassen (*Abbildung 4*). Hier sind ebenfalls die schon in *Tabelle 3* beschriebenen Unterschiede, aber auch die deutlichen Verbesserungen nach dem Abklingen der Finanzmarkt- und Eurokrise 2016 zu sehen. Die 2020 begonnene Pandemie scheint sich vor allem bei den kleinen und mittleren Selbstständigen und den mittleren Angestellten allerdings schon auszuwirken, wie die deutliche Zunahme der gemessenen Benachteiligungen 2020 nahelegt.

Festgehalten werden kann, dass sich die beschriebenen Benachteiligungen zum einen in süd-, mittel- und osteuropäischen Staaten und zum anderen auf Personen mit niedriger Bildung sowie einfachen und ausführenden Tätigkeiten konzentrieren. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen sozialen Klassen, Bildungsniveaus und Tätigkeitsgruppen sind sehr groß; sie sind weit größer als die Unterschiede bei den jeweiligen Armuts- oder Arbeitslosenquoten. Dies weist auf ein hohes Niveau meritokratisch legitimer Ungleichheiten hin. Einerseits können solche durch Leistung legitimierte Ungleichheiten als sachgerecht und angemessen wahrgenommen werden. Andererseits können sie auch als besonders verletzend und beschämend empfunden werden, da den Benachteiligten in meritokratischen Systemen suggeriert wird, dass sie selbst an ihrer Lage schuld seien, weil sie im Schulsystem oder bei der Suche nach einer anspruchsvollen Tätigkeit gescheitert seien. Sowohl die territorialen als auch die sozialstrukturellen Unterschiede bei der Verteilung sozialer Chancen und Risiken können populistischen und euroskeptischen Regierungen und Parteien in die Hände spielen und bergen daher ein erhebliches Risiko auch für den sozialen Zusammenhalt der EU (Lahusen 2019). Zu befürchten ist, dass die territorialen und sozialstrukturellen Spaltungen der EU die Grundlagen der europäischen Integration gerade in Zeiten abnehmender Wachstumsra-

3.3 Sozialstrukturelle Spaltungen in der EU

Im Anschluss an die Rekonstruktion der nationalen und ländergruppenspezifischen Muster sozialer Ungleichheiten wird abschließend untersucht, welche sozialen Gruppen besonders von diesen Risiken betroffen sind. Damit soll neben der territorialen Spaltung der EU auch ihre sozialstrukturelle Spaltung aufgezeigt werden. Herausgearbeitet werden soll, welche Gruppen zu den Gewinnern bzw. Verlierern gehören.

Tabelle 3 beschreibt die sozialstrukturellen Spaltungen der EU für ein ausgewähltes Jahr (2020) in acht ausgewählten Dimensionen (Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, Bildungsniveau, Erwerbstätigkeit, Tätigkeitsgruppe, soziale Klasse und Haushaltszusammensetzung).

ten und erheblicher politischer und wirtschaftlicher Herausforderungen untergraben.

4 Zusammenfassung und Ausblick

In diesem Beitrag wurden Konvergenzprozesse zwischen den alten und neuen EU-Mitgliedstaaten ebenso wie deren Grenzen beschrieben. Bei der Entwicklung der zwischen- und innerstaatlichen Einkommensunterschiede kann eine deutliche Abnahme der zwischenstaatlichen Ungleichheiten in der EU-28 und eine weitgehende Stabilität der innerstaatlichen Ungleichheiten beobachtet werden. In der EU-15 ist die Angleichung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit seit 2007 zum Stillstand gekommen. Zu beobachten ist sogar eine erneute Zunahme der zwischenstaatlichen Ungleichheiten in den alten Mitgliedstaaten der EU-15, wenn auch auf einem vergleichsweise geringen Niveau.

Die Stagnation der wirtschaftlichen und Einkommensunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten der EU wird zu einer Herausforderung für den europäischen Integrationsprozess, wenn diese Unterschiede zum einen in einem transnationalen Rahmen bewertet werden und wenn sie zum anderen mit deutlichen sozialen Ungleichheiten einhergehen. In diesem Fall befände sich das europäische Integrationsprojekt „zwischen Baum und Borke“. Beides wurde hier gezeigt. Dies bedeutet, dass der soziale Zusammenhalt in den alten Mitgliedstaaten der EU nicht mehr durch die quasi-automatische Angleichung der wirtschaftlichen Lage und der Einkommensverhältnisse stabilisiert wird. Gleichzeitig sind die sozialen Ungleichheiten in Südeuropa etwa doppelt so hoch wie in Kontinental- und Nordeuropa. Daher könnten die Absicherungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Nationalstaaten an ihre Grenzen gelangen, während die EU bisher kaum eigene Politiken zur Abfederung der immer noch erheblichen sozialen Unterschiede in Europa entwickelt hat. Daher wird sich die Frage, wie der soziale Zusammenhalt in Europa zukünftig sichergestellt werden kann, zunächst entlang der Nord-Süd-Achse der EU stellen. Trotz des beeindruckenden Aufholprozesses der mittel- und ost-europäischen Länder ist allerdings absehbar, dass sich die EU auch entlang ihrer Ost-West-Achse nicht mehr unbegrenzt auf die wohltätige Wirkung quasi-automatischer wirtschaftlicher Konvergenzprozesse verlassen kann. Auch in dieser Dimension sind die sozialen Unterschiede erheblich. Gleichzeitig sind die Beiträge der EU zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts bislang überschaubar. Eine europäische Sozialpolitik steckt trotz ihrer jahrzehntelangen Geschichte noch in den Kinderschuhen, da die Gewährleistung des sozialen Zusammenhalts in Europa nach wie vor insbesondere als nationalstaatliche Aufgabe betrachtet wird. Zu vermuten ist allerdings, dass diese Arbeitsteilung zwischen europäischer und nationaler Politik angesichts der beschriebenen Grenzen wirtschaftlicher Angleichungsprozesse und der erheblichen, sowohl territorialen wie auch sozialstrukturellen Spaltungslinien in der EU nicht mehr trägt. Dies gilt umso mehr, als die positiven wirtschaftlichen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa bisher kaum zur Stärkung EU-freundlicherer Einstellungen beitragen. Der Umgang mit den territorialen und sozialen Spaltungen der EU wird daher eine Daueraufgabe der europäischen Politik bleiben. ■

LITERATUR

- Alkire, S. / Foster, J.** (2011): Counting and Multidimensional Poverty Measurement, in: *Journal of Public Economics* 95 (7–8), S. 476–487
- Barro, R. J. / Sala-i-Martin, X.** (1991): Convergence across States and Regions, in: *Brookings Papers on Economic Activity* 22 (1), S. 107–182
- Barro, R. J. / Sala-i-Martin, X.** (1992): Convergence, in: *Journal of Political Economy* 100 (2), S. 223–251
- Bohle, D.** (2018): European Integration, Capitalist Diversity and Crises Trajectories on Europe's Eastern Periphery, in: *New Political Economy* 23 (2), S. 239–253
- Heidenreich, M.** (2022): Die doppelte Spaltung Europas. Territoriale und soziale Ungleichheiten als zentrale Herausforderungen der europäischen Integration, Wiesbaden
- Heidenreich, M. / Baur, N.** (2015): Locations of Corporate Headquarters in Europe. Between Inertia and Co-evolution, in: Lundan, S. M. (Hrsg.): *Transnational Corporations and Transnational Governance*, Basingstoke / New York, S. 177–208
- Heidenreich, M. / Härpfer, M.** (2010): Einkommensungleichheiten in der Europäischen Union, in: Eigmüller, M. / Mau, S. (Hrsg.): *Gesellschaftstheorie und Europapolitik*, Wiesbaden, S. 245–273
- Heidenreich, M. / Wunder, C.** (2008): Patterns of Regional Inequality in the Enlarged Europe, in: *European Sociological Review* 24 (1), S. 19–36
- Hope, D. / Soskice, D.** (2016): Growth Models, Varieties of Capitalism, and Macroeconomics, in: *Politics & Society* 44 (2), S. 209–226
- Iammarino, S. / Rodríguez-Pose, A. / Storper, M.** (2019): Regional Inequality in Europe: Evidence, Theory and Policy Implications, in: *Journal of Economic Geography* 19 (2), S. 273–298
- ILO (International Labour Organization)** (2012): *International Standard Classification of Occupations. Structure, Group Definitions and Correspondence Tables*, Genf
- Krugman, P.** (1991): *Geography and Trade*, Cambridge, MA
- Lahusen, C.** (2019): Das gespaltene Europa. Eine politische Soziologie der Europäischen Union, Frankfurt a. M. / New York
- Leßmann, O.** (2006): Lebenslagen und Verwirklichungschancen, in: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 75 (1), S. 30–42
- Rodríguez-Pose, A. / Dijkstra, L. / Poelman, H.** (2023): The Geography of EU Discontent and the Regional Development Trap. European Commission: WP 03/2023, Luxembourg, https://ec.europa.eu/regional_policy/whats-new/newsroom/06-12-2023-geography-of-discontent-regional-development-traps-lead-to-less-support-for-european-integration-and-values_en
- Rokkan, S.** (2000): Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora, Frankfurt a. M.
- Rose, D. / Harrison, E.** (Hrsg.) (2010): *Social Class in Europe. An Introduction to the European Socio-economic Classification*, London / New York
- Scharpf, F. W.** (1999): *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?*, Frankfurt a. M.
- Vezzani, A. / Gkotsis, P. / Hernández, H. / Moncada-Paternò-Castello, P.** (2019): Technological Innovation Activities in the EU. A New Perspective, Sevilla, www.ec.europa.eu/jrc/en/publications
- Weziak-Białowolska, D.** (2016): Spatial Variation in EU Poverty with Respect to Health, Education and Living Standards, in: *Social Indicators Research* 125, S. 451–479

AUTOR

MARTIN HEIDENREICH, Prof. Dr., Professur für Sozialstrukturanalyse und Jean Monnet Chair for European Studies in Social Sciences an der Universität Oldenburg. Arbeitsschwerpunkte: Sozialstrukturanalyse, Innovations-, Regional- und Europafor schung.

@ martin.heidenreich@uol.de